

Aus Überdruss zur NPD

Warum so viele Büdinger rechtsextrem wählten

hm./was. BÜDINGEN. Auf diese Schlagzeilen hätten die meisten Büdinger gerne verzichtet: „Rechtsextremismus – Büdinger sieht nach der Wahl braun“, textete zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung“ im Internet, „Kleinstadt in Hessen wählt NPD“ die Illustrierte „Stern“. Büdinger ist ins Gerede gekommen, weil die NPD nach den ersten Berechnungen von gut zwei auf rund 14 Prozent schnellte. Zwei Tage nach der Wahl allerdings ist dieser Wert wieder gesunken: Nachdem 16 von 25 Wahlbezirken ausgezählt sind, entfallen nur noch rund zehn Prozent auf die rechtsextreme Partei. Aber auch das reicht, um Büdinger den Titel der NPD-Hochburg anzuhängen, den früher das nahe Wölfersheim trug. Dort übrigens tauchen die Rechtsextremen mittlerweile auf den Stimmzetteln gar nicht mehr auf.

Dass die NPD in Büdinger überhaupt Fuß gefasst hat, führen einige Beobachter auf den rührigen Spitzenkandidaten zurück. Daniel Lachmann, Stadtverordneter, Kreistagsabgeordneter und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, und sein Umfeld agieren seit Monaten gegen die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für bis zu 800 Flüchtlinge, die Ende vergangenen Jahres in der ehemaligen amerikanischen Kaserne eröffnet wurde. 500 Flüchtlinge leben dort mittlerweile, ohne dass bisher von besonderen Problemen zu hören wäre. Bürgermeister Erich Spamer von den Freien Wählern erzählte in einem Interview die Geschichte eines Ladenbesitzers, der einen Detektiv angeheuert hatte, um Diebstähle in seinem Geschäft aufzuklären. Ergebnis: Vor allem Stammkunden gingen den Ermittlern ins Netz. Vom Überdruss an SPD und CDU haben auch Spammers Freie Wähler profitiert und um fast sechs Punkte auf knapp 26 Prozent zugelegt.

Dem Ruf der Nazi-Hochburg Büdinger steht auch entgegen, dass unlängst bei einem deutschlandweit beworbenen Umzug von Neonazis durch Büdinger viele Bürger Flage zeigten und sich an Gegenkundgebungen beteiligten. Viel spricht dafür, dass in Büdinger die NPD zum Sammelbecken der Unzufriedenen und Protestwähler geworden ist. Und auch da gibt es noch ein stadtinternes Gefälle: In der Kernstadt liegt die NPD bei rund acht Prozent, fünf Punkte niedriger als in den Stadtteilen, die sich seit der Gebietsreform in den siebziger Jahren traditionell zurückgesetzt fühlen.

Offenkundig ist auch in der Wetterau, dass sich der Unmut gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung vorrangig in Stimmen für die AfD niederschlägt. Wo die AfD nicht kandidiert, weichen Protestwähler zur NPD aus, wenn diese dem antritt. Das ist auch in Wetzlar so und in der Büdinger Nachbargemeinde Altenstadt, wo die NPD zehn Prozent erreichte. Bei der Kreistagswahl votierten in Büdinger ausweislich der Listenstimmen 14,8 Prozent für die AfD, die NPD liegt mit 4,8 Prozent deutlich dahinter. In Altenstadt verhielt es sich ähnlich.

Radfahrerin überrollt und tödlich verletzt

lu. STEINAU. Eine 74 Jahre alte Radfahrerin ist gestern bei einem Verkehrsunfall in Steinau tödlich verletzt worden. Sie wurde laut Polizei gegen 9.45 Uhr von einem Auto überrollt, das plötzlich vom Straßenrand losgefahren war. Am Steuer saß ein 82 Jahre alter Mann. Offensichtlich verhakete sich das Fahrrad an dem Personenwagen, die Frau stürzte und geriet unter das Auto. Danach schlitterte der Wagen mit hoher Geschwindigkeit quer über die Fahrbahn und prallte in die Schaufensterscheibe eines Geschäfts.

Heute

Familiäre Fluchthelfer

Die Familie Bakri ist aus Syrien geflohen. Ihr Weg war besonders beschwerlich, denn Bashar Bakri kann nicht gehen. Weil es keinen Rollstuhl gab, trugen ihn seine vier Brüder den ganzen Weg. **Seite 44**

Sozialdemokraten legen an Stimmen noch zu

In Hanau hätte das bisherige Bündnis eine Mehrheit, aber auch andere Konstellationen sind möglich

lu. HANAU. Aufatmen im Hanauer Rathaus: Das vorläufige amtliche Endergebnis ergibt für die bürgerlichen Parteien ein Plus, verglichen mit den Trendergebnissen vom Sonntagabend. Zugleich sind die Gewinne für die rechtsextremen Republikaner weniger drastisch ausgefallen, als zunächst zu erwarten war.

Mit 37,1 Prozent bleibt die SPD nach Auszählung der kumulierten und panschierten Stimmen stärkste Kraft in Hanau. Gegenüber 2011 konnte sie 0,6 Prozentpunkte zulegen. Die CDU kommt auf 22,8 Prozent – verglichen mit 28,9 Prozent vor fünf Jahren. Das ist eines ihrer schlechtesten Resultate seit langer Zeit. Die Grünen schrumpften von 15,1 auf 9,8 Prozent, während die FDP erstarkte: von 4,7 auf 7,6 Prozent. Die Bürger für Hanau (BFH) liegen bei 7,7 Prozent, das sind 0,6 Punkte mehr als vor fünf Jahren.

Die Alternative für Deutschland (AfD) war in Hanau nicht angetreten. Wäre sie, hätte sie wohl auch in der Stadt ein zweistelliges Ergebnis erzielt, jedenfalls bekam sie bei der Listenwahl in Hanau für den Main-Kinzig-Kreis gut 14 Prozent der Stimmen. Statt für die AfD votierten die Protestwähler in Hanau bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung offensichtlich für die Republikaner. Deren Endergebnis lautet 9,6 Prozent. Am Wahlabend lag ihr Ergebnis noch bei 12,4 Prozent. Die Alternative Linke Liste (ALL) als Ersatz für die Linken erreichte 4,4 Prozent. Neu in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist das Forum Gemeinsames Hanau (FGH), das sich insbesondere gegen Rassismus einsetzen will.

Rechnerisch kann das bisherige Bündnis aus SPD, Grünen und BFH weitermachen. In dem von 59 auf 53 Sitze verkleinerten Gremium genügen 27 Mandate für die Mehrheit. Mit 20 Sitzen der SPD, drei weniger als bisher, fünf Sitzen der Grünen, ebenfalls drei weniger, sowie unverändert vier Sitzen der BFH hätte das Bündnis zwei Mandate mehr als erforderlich. Die CDU wird mit zwölf Stadtverordneten vertreten sein, vier weniger als zuvor. Die Republikaner ziehen mit fünf Sitzen mit den Grünen gleich, die ALL wird mit zwei Mitgliedern eine Minifraktion bilden können, während die neue FGH einen Stadtverordnetensitz für sich beanspruchen kann. Denkbar wäre es, dass sie sich der ALL anschließt.

Als größter Fraktion fällt der SPD abermals das Recht zu, den Stadtverordnetenvorsteher zu stellen. Die bisherige Vorste-



Das Rathaus im Blick: In Hanau hat die Suche nach politischen Mehrheiten begonnen.

Foto Rainer Wohlfahrt

herin Beate Funck hat schon signalisiert, das Amt wieder zu übernehmen, wenn sie darum gebeten werde. Wie Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) am Wahlabend sagte, liegt seine Präferenz bei der Mehrheitsbildung beim bisherigen Bündnis. Ein Zusammengehen mit anderen Fraktionen wie der FDP und der CDU schloss er allerdings nicht aus.

Man werde dem guten politischen Brauch folgen und mit allen potentiellen Bündnispartnern sprechen, kündigte gestern die SPD-Fraktionsvorsitzende Cornelia Gasche auf Nachfrage an. Heute Abend werde sich die Partei zusammensetzen und das weitere Vorgehen besprechen. Es gebe keinen aktuellen Anlass, die gute Zusammenarbeit mit den Grünen und BFH aufzugeben.

Allerdings, so Gasche, hätten sich die Gewichte verschoben, das gelte es zu berücksichtigen. Außerdem hätten sich zu-

letzt Themen zugespielt, etwa die Zukunft der Hanauer Tümpelgartenschule. Hier hatten sich die Grünen entgegen der Bündnisposition für einen Erhalt der Sekundarstufe ausgesprochen. Missverständnisse gab es auch über eine Äußerung des Grünen-Dezernenten Andreas Kowol zur Gebührenfreiheit für den Kindergartenbesuch in Hanau. Gasche zufolge würden nun alle Positionen der potentiellen Bündnispartner ausgelotet.

Sowohl die Grünen als auch die BFH sind nach den Worten ihrer Spitzenkandidaten, Stadtrat Kowol und Oliver Reibin (BFH), an einer Neuaufgabe des Dreierbündnisses interessiert. Kowol ist seit Mitte des Jahres 2013 hauptamtlicher Dezernent in Hanau – unter anderem für Verkehr, Umwelt sowie Klimaschutz verantwortlich – und befindet sich in der Mitte seiner Amtszeit. Er löste seinerzeit den FDP-Wirtschaftsdezernenten Ralf-Rai-

ner Piesold ab. Den damals erstarkten Grünen wurde damit eine eigene hauptamtliche Kraft zugestanden. Die FDP verließ daraufhin das damalige Viererbündnis.

Piesold war jetzt wieder Spitzenkandidat im Kommunalwahlkampf und wird abermals in der Volksvertretung vertreten sein. Ein Mitarbeiter der FDP in einem neuen Rathausbündnis schloss er am Wahlabend nicht aus.

Die CDU wäre der Bildung einer großen Koalition, wie es sie vor 2006 für lange Zeit gegeben hatte, nicht abgeneigt, wie den Äußerungen ihres Spitzenkandidaten Jürgen Scheuermann am Wahlabend zu entnehmen war. Die Union würde gerne wieder mehr Verantwortung in der Stadt übernehmen, sagte er. Die Chancen dafür schätzte er nach dem schlechten Abschneiden der CDU allerdings als nicht günstig ein.

Die Quereinsteiger von Neu-Anspach und Schmitten

Zwei Bürgerlisten erzielen aus dem Stand beachtliche Ergebnisse / Vom Windkraftgegner zum Kommunalpolitiker

NEU-ANSPACH/SCHMITTEN. Nein, es ist kein Anglizismus. Auch wenn das „Now“ meist wie das englische „jetzt“ ausgesprochen wird. „B-Now“ steht für „Bürgerliste neue offene Wählergemeinschaft“ und ist in einem Fall um den Zusatz Neu-Anspach, im anderen um Schmitten zu ergänzen. In beiden Kommunen ist die Gruppe bei der Kommunalwahl erstmals angetreten und hat hier wie dort das gewohnte Gefüge ins Wanken gebracht. Zwar fielen die beiden Wählergemeinschaften nach Auszählung der kumulierten Stimmen gegenüber dem Trendergebnis eine Position zurück. Doch in Neu-Anspach wurden sie mit 27 Prozent und zehn von 37 Sitzen zweitstärkste Fraktion. In Schmitten liegen sie mit 16,7 Prozent auf Platz drei nach FWG (29) und CDU (22).

Der Name verweist auf die Entstehungsgeschichte der beiden Wählergemeinschaften. B-Now ist auch das Kürzel der Bürgerinitiative „Naturpark ohne Windräder in Neu-Anspach“, die seit Jahren die Pläne für einen Windpark im dortigen Wald bekämpft. Viele der handelnden Personen sind identisch. In Schmitten hat die Liste ihren Kern in Bürgern, die sich gegen den Bau einer Windkraftanlage auf dem Pferdeskopf im Ortsteil Treisberg wehren.

„Die Windkraft war die Initialzündung“, sagt der Neu-Anspacher Spitzenkandidat Bernd Töpperwien rundheraus. Die Gegner machten die Erfahrung, dass die grundlegende Entscheidung der Stadtverordneten längst gefallen war, als sich ihr Protest regte. Ob die bisherigen Informationen dazu nun schuldhaft oder nicht ihre Empfänger verfehlt hatten: Bei Bürgern wie Töpperwien entstand das Gefühl, „der Bürger wird als lästig empfunden“. Aus der Wut wurde die Absicht, die Sache dann eben selbst in die Hand zu nehmen. B-Now geht es inzwischen aber nicht nur um Windkraft. Der Sprecher nennt als eines der ersten Themen die „erschreckende Verschuldung“ Neu-



Wahlkampfthema: Windenergie

Foto dpa

Anspachs, um die sich die neue Fraktion kümmern wolle. „Wir haben vier Finanzexperten“, sagt Töpperwien.

Auf der Liste finden sich Unternehmensberater, Wirtschaftsinformatiker und ein Handelslehrer. Kommunalpolitische Erfahrung bringt Wilhelm Deininger mit, der früher bei FWG und CDU aktiv und bis 2004 Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses war. Töpperwien selbst gehörte der CDU an, war jedoch nie Mandatsträger. Auch B-Now in Schmitten ist keine jener Wählergemeinschaften, die im Streit geschiedene Mitglieder anderer Parteien versammeln. Auch dort prägen Wirtschaftsfachleute und Rechtsanwälte die Kandidatenliste, die sich zum ersten Mal kommunalpolitisch engagieren.

Vom zweiten auf den ersten Platz ist in Schmitten Ralph Bibo kumuliert worden, Inhaber einer Film- und Fernsehproduktionsfirma, die in den Anfängen von

„Rhein-Main-TV“ Mitinhaber der Lizenz für den regionalen Fernsehsender war. Auch er nennt für Schmitten Themen, die über die Windkraft hinausgehen. „Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten sind ein Problem für Berufstätige.“ Hinzu kämen die höchsten Wasser- und Abwassergebühren. Vor allem aber fehle es an Transparenz. Anders als Neu-Anspach hat Schmitten kein Informationssystem, auf dem die Sitzungsumlagen im Internet einsehbar sind. „Wir werden deshalb die Vorlagen öffentlich machen“, sagt Bibo.

Nicht nur in ihrem Ursprung, der Gengenschaft zu Windkraftanlagen, stimmen die B-Now-Gruppen von Neu-Anspach und Schmitten überein. Sie wollen es im Parlament eher auf Entscheidungen in der Sache als auf politische Bündnisse und Koalitionen anlegen. „Es gibt fast mit jeder Partei Schnittmengen“, sagt Bibo für Schmitten. Töpperwien sieht in Neu-

Anspach ein „breites bürgerliches Lager“ und strebt keine Blockadehaltung an. Einen zweiten Punkt stellen die beiden klar: In der Flüchtlingspolitik hätten sich beide B-Now-Gruppen nicht als Ventil für Protestwähler angeboten. „Wir haben in unserer Wahlkampfzeit gezeigt, was mit einer Flüchtlingsfamilie hier passiert und wo man helfen kann“, sagt Bibo.

Auf ein „klares Statement“ beruft sich auch Töpperwien: Die Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik fielen in Bund und Land. Die Städte hätten zur Unterbringung keine Wahl. „Wir brauchen dafür nur dauerhafte, substanzvolle Lösungen.“

Die bisherigen Kommunalpolitiker warten unterdessen darauf, dass die Neulinge mit dem Tagesgeschäft konfrontiert werden. „Jetzt heißt es, sich durch die Akten zu wühlen“, sagt der bisherige Neu-Anspacher Parlamentschef Holger Bellino (CDU). Aus Erfahrung wisse er: „Es ist etwas ganz anderes, ein Unternehmen oder eine Stadt zu führen.“ In der Politik müsse man nicht nur Lösungen finden, sondern auch eine Mehrheit dafür. Er empfiehlt der neuen Fraktion, nicht alles zu verteuern, was die Kommunalpolitik bisher gemacht habe. Dabei sei es nicht schlecht, wenn Politiker eine Außensicht mitbrächten. „Auch die CDU hat immer Parteilose und Neueinsteiger auf der Liste.“

Dass sich Menschen für Politik engagierten, finde er grundsätzlich gut, sagt Volker Lehwalder (FWG), bisher Vorsitzender der Schmitten Gemeindevertretung. „Auch wenn es mir lieber gewesen wäre, sie hätten bei etablierten Parteien und Wählergemeinschaften Unterschlupf gefunden.“ Auch er vermutet, dass der politische Alltag mit seinen Sachzwängen ernüchternd wirken wird. Dabei sind die B-Now-Vertreter durchaus nicht blauäugig. So ist Töpperwien letztlich froh, dass B-Now in Neu-Anspach nicht stärkste Fraktion geworden ist. „Wir müssen ohnehin viel lernen“, sagt er. „Da wollten wir nicht gleich auch noch den Stadtverordnetenvorsteher stellen.“ **BERNHARD BIENER**

HANAU

Die Qual der Wahl

Von Luise Glaser-Lotz



Gestärkt geht der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky aus der Kommunalwahl hervor. Von einem Ergebnis von gut 37 Prozent kann die SPD andernorts nur träumen. Nach der für ihn erfolgreichen Oberbürgermeisterwahl im vergangenen Sommer hat der Wähler nun offenbar auch Kaminskys Politik im Bündnis mit Grünen und „Bürgern für Hanau“ honoriert. Den Stadtbau und die Konversionsergebnisse stellten sie klar über die Auswirkungen der Sparpolitik.

Darauf kann Kaminsky stolz sein. Er steht auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere. Seine Position gegenüber potentiellen Bündnispartnern könnte besser nicht sein. Doch die Mehrheitsbildung hat ihre Tücken, denn es gibt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Akteur, den eigentlich niemand haben will, außer den Protestwählern, die die Republikaner haben erstarren lassen. Jede Entscheidung, die nur aufgrund der Stimmen der Rechtspartei zustande käme, wäre eine Entscheidung zu viel.

Um den künftig fünf Republikanern keine Chance zu geben, Zünglein an der Waage zu spielen, muss Kaminskys nächste Koalition auf sicheren Beinen stehen. Das alte Dreierbündnis gewährleistet das mit einer dünnen Mehrheit von drei Sitzen nicht unbedingt. Sicherer wäre es, die FDP mit ihren vier Mandaten wieder ins Boot zu holen.

Doch da stünde man abermals vor dem Dilemma des Jahres 2011. Es gibt nur drei hauptamtliche Magistratsposten, und die sind besetzt mit dem Oberbürgermeister, dem SPD-Sozialdezernenten Axel Weiss-Thiel und dem grünen Verkehrsdezernenten Andreas Kowol. Dem musste der liberale Stadtrat Ralf-Rainer Piesold seinerzeit den Platz räumen. Der Versuch, eine vierte hauptamtliche Magistratsstelle zu schaffen, wäre im Jahr 2016 noch aussichtsloser, als er es 2011 gewesen ist. Piesold gab einen guten Wirtschaftsdezernenten ab und wäre es mit Sicherheit wieder. Aber das würde eine Abwahl Kowols voraussetzen, was die Grünen verprellt würde. Sie gegen die FDP im Bündnis auszutauschen brächte rechnerisch den Verlust eines Sitzes ein.

Kaminsky hat also nicht viel, was er der FDP und ihrem Chef Piesold anbieten könnte. Mit einer Stabsstelle wie für den ewig treuen Bündnispartner „Bürger für Hanau“ gäbe sich die FDP nach allem, was vorgefallen ist, wohl kaum zufrieden. Blicke noch die Neuaufgabe der großen Koalition. Aber als Juniorpartner bietet sich die CDU in ihrer derzeitigen Verfassung nicht an. Um vernünftige Lösungen zu finden, wird Kaminsky viel Fingerspitzengefühl brauchen, zumal schwierige Aufgaben die Stadt erwarten.

Verdächtiger gefasst, Geldbündel vermisst

GIESSEN (Ihe). Mehr als zwei Monate nach dem Diebstahl von 1,3 Millionen Euro aus der Volksbank Mittelhessen in Gießen hat die Polizei einen Verdächtigen festgenommen. Bei dem Mann handele es sich um einen Bankangestellten, berichteten gestern Polizei und Staatsanwaltschaft. Den Ermittlungen zufolge verbergte der Mann das Geld, das in vier kleinen Päckchen verschwieft gewesen war, unter seiner Jacke und verließ die Bank. Er selbst bestreite die Tat. Trotz einer Durchsuchungsaktion sei das Geld bisher nicht gefunden worden.

Das Geld war am 4. Januar aus dem Tresorraum der Zentrale der Volksbank Mittelhessen, der zehntgrößten Genossenschaftsbank in Deutschland, verschwunden. Die Scheine lagen der Bank zufolge bereit für den Abtransport in die Filialen. Der Mann sei einer der Mitarbeiter gewesen, die Zugang zu dem Raum gehabt hätten.



Lieber Malta als wolkig. Jetzt Mittelmeer-Kreuzfahrt mit Malta buchen.

ADRIA MIT KROATIEN
inkl. Flug
ab 1.295 €*

Mein Schiff.

TUI Cruises

Erfahren Sie mehr in Ihrem Reisebüro, auf www.tuicruises.com oder unter +49 40 60001-5111.
* Flex-Preis (mittleres Kontingent) p.P. bei 2er-Belegung einer Innenkabine und inkl. Flug nach Verfügbarkeit mit allen Abgaben und Zuschlägen auch zur Luftverkehrssteuer, Transfers und „Zug zum Flug“ ohne Aufpreis erhältlich. | TUI Cruises GmbH - Anckermannplatz 1 - 20537 Hamburg